

Zielvereinbarungen zwischen CDU-, FDP- und UWG-Fraktion für die Wahlperiode 2009 bis 2014

Siegen zum Wohle der Bürger der Krönchenstadt

Gemeinsame Ziele, eigene Standpunkte – „CDU, FDP und UWG sind bereit, Verantwortung für die Stadt Siegen und ihre Bürgerinnen und Bürger zu übernehmen“ heißt es in der Präambel der Zielvereinbarungen für die Wahlperiode bis 2014. Die Fraktionen konnten am Montag in wesentlichen Punkten Einigkeit erzielen, verstehen sich dabei jedoch ausdrücklich nicht als Koalition, sondern als Partner, die vertrauensvoll und fair zusammenarbeiten.

Leitlinie ist die Konsolidierung der städtischen Finanzen und der sorgsame sowie verantwortungsvolle Umgang mit Steuergeldern, um finanzielle Handlungsspielräume wiederzuerlangen. Daraus folgernd sind sich die drei Fraktionen einig, z. B. durch den sukzessiven Wegfall einer Führungsebene sowie Überprüfung der Organisationsstrukturen in einigen Aufgabenbereichen der Stadtverwaltung Einsparungen im Personalbereich durchzusetzen. Die Krönchenstadt soll dabei für alle Menschen ein attraktiver Wohnort bleiben und werden. Verantwortung für soziale Sicherheit, Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen, ein angemessenes Angebot an Wohnraum, ein breites Angebot an Bildungseinrichtungen, sowie Vielfalt an kulturellen und sportlichen Angeboten sollen helfen, dieses Ziel zu erreichen.

Ganz wichtig – auch die unterschiedlichen Ansichten der Fraktionen wurden in den Zielvereinbarungen festgehalten. Im Bereich der Wirtschaftsförderung sind sich die Fraktionen einig, dass die Gestaltung der Ortsmitte Eiserfeld vorangetrieben werden muss. CDU und FDP befürworten jedoch die so genannte Zwei-Kreisel-Lösung, während die UWG einer anderen Variante den Vorzug gibt.

Neben den gemeinsam getragenen Erschließungsmaßnahmen für die Gewerbegebiete Leimbach, Martinshardt und Eisern werden sich CDU und UWG dafür einsetzen, das Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach zu realisieren, um der Abwanderung weiterer Unternehmen und dem Verlust von wohnortnahen Arbeitsplätzen entgegenzuwirken. Die FDP-Fraktion hingegen wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass die Planung für ein Gewerbegebiet Oberschelden/Seelbach aufgrund des massiven Widerstands der Anwohner und der zusätzlichen Verkehrsbelastungen eingestellt wird.

Insgesamt bleiben die Fraktionen bei ihrer Meinung, dass die Stärkung Siegens als Wirtschaftsstandort ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der Stadt ist.

Sowohl CDU als auch FDP werden die nicht umgesetzten Maßnahmen, die im Rahmen der Haushalts-Planberatung zusätzlich mit Mehrheit beschlossen wurden, anlässlich der schwierigen Finanzlage der Stadt Siegen weiterhin in Frage stellen. Die UWG tritt hingegen weiterhin für die Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen ein.

Konsens besteht in den Bereichen Bauen und Verkehr, Schule und Bildung, Umwelt- und Naturschutz, Familie und Soziales sowie Kultur und Sport. Die hierzu vereinbarten Ziele beinhalten u.a.

- die Erarbeitung eines Verkehrsberuhigungskonzeptes
- der Intensivierung der Abstimmung mit den Bürgern und den Versorgungsträgern bei Straßensanierungsmaßnahmen;
- bezüglich der Ausweisung von Wohnbaugebieten sind sich die drei Fraktionen einig, dass die Projekte, deren Planungsstand schon fortgeschritten sind weiter beplant und beschlossen werden sollen. Weitere Neubaugebiete sollen indes erst dann wieder geplant werden, wenn der Bestand an vermarktungsfähigen Bauplätzen zur Neige geht;
- der Errichtung einer dritten Gesamtschule in Siegen wird eine deutliche Absage erteilt, während der Ausbau von Ganztagschulen ausdrücklich Unterstützung findet;
- im Bereich des Ausbaus von „Frühen Hilfen“ im Bereich der Jugendverwaltung sollen die vorgehaltenen Leistungen durch eine engere Vernetzung der zuständigen Institutionen qualitativ verbessert und organisatorisch gestrafft werden;
- der Integrationsplan soll aktualisiert und fortgeschrieben werden und die vorgehaltenen Betreuungsangebote unter Berücksichtigung der jeweiligen Zuwanderungssituation angepasst werden;
- der organisatorischen Ausrichtung des City-Service-Teams auf flexiblere Einsatzzeiten sowie zur Verbesserung präventiver Maßnahmen einer stärkeren Einbindung des Streetworkers;
- die Haushalte sollen gemeinsam unter Berücksichtigung der gegenseitigen Positionen verabschiedet werden.